



Das Parlament ringt um den Voranschlag

Finanzen im Grossen Rat Gestern hat die Debatte ums umstrittene Budget begonnen. Die Nervosität im Rat ist gross.

Normalerweise stehen die Linken mit ihrer Finanzpolitik im Berner Kantonsparlament auf verlorenem Posten. Das zeigte auch der SP-Rückweisungsantrag zum Budget 2021, der am Montag zum Sessionsauftakt auf dem Tisch lag: Die bürgerliche Mehrheit wies ihn ab, im klarsten Punkt mit 94 zu 46 Stimmen. Eine klare Mehrheit – doch für die Schlussabstimmung beim Budget, die am Dienstag stattfinden wird, hätte dieses Ja nicht gereicht. Weil der Voranschlag ein Defizit aufweist, müssen mindestens 96 Parlamentarierinnen und Parlamentarier Ja zu ihm sagen. So will es die Schuldenbremse im Kanton Bern. SP und Grüne haben gestern einmal mehr klargemacht, dass sie den Voranschlag in der vorliegenden Form nicht annehmen können. Gemeinsam vereinen sie maximal 54 Stimmen im 160-köpfigen Grossen Rat. Kommen abwesende Befürworter oder andere Budget-Gegner etwa von der EVP oder bürgerlichen Sparpaket-Förderer hinzu, könnte es knapp werden.

Der «toxische Teil»

Die Linken stören sich beim 630-Millionen-Defizit vor allem an drei Vorschlägen: Die Steuer-senkung für Firmen, die Steuer-senkung für natürliche Personen und die Kürzungen bei den vorgesehenen Lohnmassnahmen fürs Kantonspersonal um 0,7 Prozent der Lohnsumme.

Mit ihrem Rückweisungsantrag schoss Ursula Marti (SP,

Bern) vor allem gegen die Steuer-senkungen: «Der Kanton plant Steuersenkungen auf Pump. Das ist eine fahrlässige Finanzpolitik», sagte sie. Natalie Imboden (Grüne, Bern) sprach dabei vom «toxischen Teil» des Budgets. Es gehe nicht an, in einer Krise, in der das Geld anders benötigt werde, die Steuern zu senken.

Allerdings bekämpften die Linken die Steuersenkungen bereits, als der Finanzplan für 2021 noch ein Plus vorsah. Dies auch im Hinblick auf die hohen Investitionen, die der Kanton tätigen sollte – zum Beispiel für den Medizinalstandort, die Gymnasien, die IT oder die Fachhochschule. **«Verantwortungslos»**

Die Bürgerlichen, sich ansonsten ihrer komfortablen Mehrheit bewusst, sind offensichtlich alarmiert. Das zeigt der mehrfache Appell, den sie an die Ratslinke richteten: dass ein ungenehmigtes Budget gerade in solchen Krisenzeiten den Kanton handlungsunfähig machen würde. Dass ein Nein «verantwortungslos und falsch» wäre, wie es Michael Köpfler (GLP, Wohlen) ausdrückte. Zumal die Steuersenkung für natürliche Personen durch die Mehreinnahmen der amtlichen Neubewertung der Liegenschaften gegenfinanziert sei und die Gewinnsteuern im Kanton rekordhoch seien, so der Tenor der Bürgerlichen.

Finanzkommissionspräsident Daniel Bichsel (SVP, Zollikofen) rief in Erinnerung, dass der Kanton bei einem ungenehmigten

Budget nur noch die «unerlässlichen Ausgaben» tätigen dürfte. Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) doppelte nach, dass das Personal auch die im Budget vorgesehenen Rotationsgewinne von 0,8 Prozent der Lohnsumme frühestens erhalten würde, wenn der Rat im März dann Ja zum Voranschlag sagen würde. Und dass der Kanton bis dann voraussichtlich auch keine Gelder für Corona-Härtefälle sprechen dürfte. Denn beides sei eben nicht «unerlässlich».

Und beides sind Anliegen, die den Linken am Herzen liegen. «Hier wird massiv Druck aufgebaut und gedroht», hielt Ursula Marti seitens der SP denn auch fest. Doch viele Ausgaben würden auch bei einem ungenehmigten Budget im Ermessen der Regierung liegen. «Auch die 40 Millionen Franken Wirtschaftshilfe für Härtefälle liegen in der Regierungskompetenz. Sie kann darüber also allein entscheiden.» Ihre Partei habe sich informiert, und offenbar gebe es einen gewissen Ermessensspielraum.

Kompromisse auf dem Tisch

Nach dem Nein zur Rückweisung hat das Parlament begonnen, über die Lohnmassnahmen fürs Personal zu sprechen. Heute werden in der Detailberatung auch die Steuersenkungen wieder Thema sein. Dabei liegen diverse Kompromissvorschläge auf dem Tisch. «Ich hoffe, dass Rot-Grün und pragmatische Stimmen aus dem bürgerlichen Lager darauf eingehen und nicht



an Maximalpositionen festhalten», sagte Michael Köpfl. Seine GLP schlägt etwa weniger hohe Steuersenkungen für natürliche Personen und weniger hohe Lohnsummenkürzungen vor. Ebenfalls ein Vorschlag aus GLP-Reihen zielt darauf, die Rückstände bei den Lehrerlöhnen in der Volksschule doch noch etwas auszubessern.

Sandra Rutschi